

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand SPD Sachsen

Titel: **Leitantrag - Zukunft gestalten, Sicherheit geben, Gerechtigkeit schaffen - Konsequenzen in und aus der Covid 19-Krise**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 SACHSEN IN DER PANDEMIE

2 Die Covid19-Pandemie hat fast jeden Lebensbereich die letzten Monate geprägt:
3 den **Alltag, die Familien, die Arbeit und das Zusammenleben**. Die Menschen wurden
4 dabei durch die Maßnahmen sehr unterschiedlich getroffen. **Die Folgen der**
5 **Pandemie waren und sind nicht gerecht verteilt.**

6 **Und dennoch ist Sachsen bislang glimpflich durch die Krise gekommen.** Land und
7 Bund haben es bislang geschafft, einen massiven Anstieg von Insolvenzen und
8 Arbeitslosigkeit zu verhindern und Grundrechte wie das Recht auf Bildung und das
9 Demonstrationsrecht zu wahren.

10 **Wir danken den Kollegen und Kolleginnen, die die Gesellschaft auch in**
11 **schwierigen Situationen am Laufen halten.** Beispielhaft wollen wir die
12 Pflegeheime, die Krankenhäuser, den Einzelhandel, die Kitas oder die Schulen
13 nennen. Ohne diese Menschen, die in oftmals unterschätzten Berufen arbeiten,
14 wären wir nicht so gut durch die Krise gekommen. Und auch ohne das soziale und
15 gesellschaftliche Engagement der Verbände und Organisationen wäre dieser

16 Kraftakt nicht möglich gewesen. Wir bedanken wir uns für die intensive
17 Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Staatsregierung, Kommunen und
18 Verwaltungen.

19 **Wir danken den Familien, die einiges ausgehalten mussten. Es ist absolut**
20 **richtig, dass in der zweiten Welle in Sachsen die Kitas und Schulen geöffnet**
21 **blieben. Die Politik hat hier gelernt. Wir danken auch den konstruktiven**
22 **Kritikerinnen und Kritikern der Maßnahmen: Denn die Krise war auch ein großer**
23 **Lernprozess.**

24 Nur denjenigen, die bewusst Regeln brachen und die Notsituation der Pandemie
25 nutzen wollten, um die Gesellschaft zu spalten, denen danken wir für nichts.

26 Wir danken den **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern**, die gerade weltweit
27 gemeinsam im Austausch stehen, um Wissen über das Covid19-Virus, über die
28 Erkrankungen und die Impfstoffe zu erarbeiten.

29 Die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Sachsen unterstützt die
30 Krisenpolitik der Bundes- und Landesregierung und hat durch solidarisches
31 Handeln zur Eindämmung der Pandemie beigetragen. Wir müssen aber feststellen,
32 dass unterschiedliche Meinungen zur Pandemie und eine unterschiedliche
33 „Betroffenheit“ zu vielen Konflikten in Freundes- und Bekanntenkreisen geführt
34 haben. Einige Gräben in der Gesellschaft haben sich vertieft. In manchen
35 Momenten wurden auch die Feinde der Demokratie gestärkt.

36 Bei allen Erfolgen der Krisenpolitik müssen wir auch feststellen: Die Maßnahmen
37 zur Eindämmung des Covid19-Virus hatten und haben **erhebliche, teils bittere**
38 **wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Schäden verursacht**. Sie haben
39 viele Sächsinen und Sachsen hart getroffen. Bei einem Kurzarbeitergeld von 60
40 bzw 67 Prozent bleibt bei kleinen Einkommen nur wenig übrig. Die Öffnung der
41 Grundsicherung hat viele Selbstständige vor einem Sturz nach ganz unten bewahrt,
42 viele verloren aber dennoch viele Einnahmen oder gar ihr Geschäftsmodell.
43 Zukunftspläne wurden zunichte gemacht, etwa in der Kulturbranche, der
44 Gastronomie und der Veranstaltungsbranche.

45 Die besonders betroffenen Branchen und die dort arbeitenden Menschen müssen wir
46 in Zukunft verstärkt im Blick behalten.

47 **ENTSCHLOSSEN HANDELN, MIT DER ZUKUNFT UND DEN**
48 **MENSCHEN IM BLICK**

49 Neben der Bewältigung der Pandemie braucht Sachsen eine Debatte über die Zukunft
50 unseres Landes. Wir haben als SPD konkrete Ideen und Maßnahmen entwickelt, die
51 nicht nur kurzfristig in der Pandemie wirken. Wir brauchen mehr Mut!

52 Wir sind in Sachsen bislang wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich relativ
53 gut durch die Krise gekommen, weil die Politik entschieden gehandelt hat. Wir
54 tun alles dafür, dass dies auch so bleibt und Lücken im Unterstützungssystem
55 geschlossen werden.

56 Wir werden jene Bereiche besonders in den Blick nehmen, bei denen Fehlstellen
57 und Probleme während der Pandemie deutlich wurden. Die Pandemie wirkte wie ein
58 Brennglas auf Ungerechtigkeiten, politische Fehlentwicklungen und mangelnden
59 Reformgeist. Das gilt etwa für das Sozialversicherungssystem, bei der Förderung
60 von Familien, für einige Bedingungen an den Schulen und im Gesundheitssystem.
61 Hier gilt es, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

62 Wir wollen trotz oder gerade aufgrund der Krise in die Zukunft investieren.
63 Neben dem „Normalgeschäft“ gilt es, die großen Herausforderungen zu meistern:
64 Digitalisierung, Verkehrswende und Klimaschutz. Deshalb kämpfen wir trotz Corona
65 dafür, dass Sachsen seine wichtigen Zukunftsinvestitionen heute auf den Weg
66 bringt. Wir halten den Dreiklang aus Beschäftigungssicherung, handlungsfähigem
67 Sozialstaat und Zukunftsinvestitionen für die entscheidenden Voraussetzungen, um
68 Sachsen erfolgreich durch die aktuelle Pandemie zu führen. Der Staat muss aktiv
69 handeln!

70 Wohin es führt, wenn der Staat in einer Krise kürzt und Investitionen
71 aufschiebt, haben wir vor einem Jahrzehnt unter der CDU-FDP-Regierung gesehen.
72 Die Finanzkrise mussten Kinder, Jugendliche, Familien und die gesamte
73 Sozallandschaft bezahlen. Es wurde zu wenig in ÖPNV, in Digitalisierung und in
74 Klimaschutz investiert. Die gesellschaftlichen Folgen verarbeitet Sachsen noch
75 heute. Wir kämpfen dafür, dass sich 2010 nicht wiederholt.

76 Wir haben die damalige Tillich-CDU unter dem Schlagwort „Der Staat muss
77 funktionieren“ getrieben. Wir haben mit der SPD die Kürzungspolitik der CDU-FDP-
78 Vorgängerregierung beendet und seitdem Strukturen wiederaufgebaut und neues
79 Vertrauen geschaffen. Mehr Personal in Schulen, Kitas und der Polizei, mehr Geld
80 für Kultur, Kinder- und Jugendarbeit, für Demokratieprojekte und
81 Studierendenwerke sowie für den sozialen Ausgleich sind nur einige Beispiele.
82 Mehr Geld für Digitalisierung, Infrastruktur und Arbeit. Das waren und sind hart
83 erkämpfte Erfolge.

84 Heute funktioniert der Staat wieder in vielen Bereichen. Auch deshalb sind wir

85 gut durch die Krise gekommen. Seit der SPD-Regierungsbeteiligung im Freistaat
86 Sachsen ist der soziale und handlungsfähige Staat Schritt für Schritt
87 zurückgekehrt. Wir haben auch diesmal in der Krise nicht auf Sozialabbau
88 gesetzt, sondern die sozialen Strukturen in Sachsen erhalten.

89 Wir brauchen eine mutige Politik in Sachsen. Wir brauchen neue Weichenstellungen
90 auf der Bundesebene. Die Haushaltsverhandlungen in Sachsen entscheiden wie die
91 Bundestagswahlen 2021 über die Zukunft Sachsens mit.

92 **1. WIR WOLLEN BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND NEUE ARBEITSPLÄTZE** 93 **SCHAFFEN.**

94 Unsere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wurde durch Corona vor eine große
95 Herausforderung gestellt. Die Bilanz vor Ausbruch der Corona-Krise konnte sich
96 sehen lassen. Die positive Entwicklung der Einkommen und eine stabile
97 Beschäftigung haben eine robuste Binnenkonjunktur in Sachsen gestützt.

98 Mit dem Virus und den harten Maßnahmen am Beginn der ersten Welle haben wir aber
99 faktisch überall einen gleichzeitigen Einbruch auf der Nachfrage- und der
100 Angebotsseite erleben müssen: Einkommen blieben aus, Veranstaltungen fielen aus,
101 die Produktion ruhte, Dienstleistungen wurden abgesagt und Lieferketten rissen.
102 Durch die Hilfsprogramme des Bundes und des Landes sowie das Kurzarbeitergeld
103 wurden eine Insolvenzwelle und ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit in
104 Sachsen aber verhindert.

105 So haben wir aus dem SPD-geführten Wirtschafts- und Arbeitsministerium heraus am
106 Beginn der Pandemie sofort gehandelt. Mit dem Programm „Sachsen hilft sofort“
107 unterstützt das Land Unternehmen dabei, mit zinslosen und langfristigen
108 Nachrangdarlehen ihre Liquidität zu sichern. Dieses erfolgreiche Programm haben
109 wir im Laufe des Frühjahrs 2020 noch erweitert, damit es auch mittleren
110 Unternehmen offensteht. Damit haben wir in Sachsen Maßnahmen der Bundesregierung
111 wie die Ausweitung der Kurzarbeit, den Soforthilfe-Zuschuss für kleine
112 Unternehmen oder die KfW-Schnellkredite für mittlere Unternehmen sinnvoll
113 ergänzt.

114 All diese Maßnahmen wirkten kurzfristig gegen die coronabedingte
115 Konjunkturdelle. Aber unser Anspruch ist größer als den Vorkrisenzustand
116 wiederherzustellen. Deshalb haben wir nach dem Ende der „ersten Welle“ ein
117 Maßnahmenpaket für die Modernisierung der sächsischen Wirtschaftsstruktur
118 vorgelegt, um die Nachfrage zu beleben, Beschäftigung zu sichern und auszubauen
119 und die Unternehmen bei zukunftssträchtigen Investitionen zu unterstützen.

120 Dazu haben wir einen Stabilisierungsfonds aufgelegt, damit Unternehmen mit
121 staatlichen Beteiligungen neu investieren und ihr Geschäft langfristig
122 stabilisieren können. Wir haben die landeseigenen Rettungsprogramme „Rettung und
123 Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schwierigkeiten“ und
124 „Krisenbewältigung und Neustart“ aufgestockt und einen Corona Start-up
125 Hilfsfonds für junge Unternehmen gestartet. So kommen viele Unternehmen und ihre
126 Beschäftigten besser durch die Krise und können ihr Know-How beim nächsten
127 Modernisierungsschritt einbringen.

128 Denn in Sachsen gibt es viele auch viele Betriebe, die Produkte herstellen,
129 deren Nachfrage sinkt oder deren Herstellung in anderen Weltregionen in die
130 globalen Wertschöpfungsketten integriert wird. Unsere beschäftigungsstarken
131 Branchen wie der Automobilbau, der Maschinen- und Anlagenbau oder die
132 Kreativwirtschaft stehen vor Transformationsprozessen, die viele der zentralen
133 Produktions- und Vertriebsbedingungen ihrer Produkte und Dienstleistungen zur
134 gleichen Zeit umwälzen.

135 Deshalb haben wir in der Krise nicht nur konkrete Schritte unternommen, um die
136 Arbeitsplätze der sächsischen Beschäftigten zu erhalten, sondern wir wollen
137 gleichzeitig neue Jobs für die Zukunft schaffen. Wir können den Beschäftigten
138 zwar nicht versprechen, dass sie in den nächsten 30 Jahren einen Dieselmotor
139 zusammenschrauben oder Versicherungen verkaufen. Wir geben aber das Versprechen,
140 dass wir alles dafür tun werden, dass sie eine gleichwertige, gute Beschäftigung
141 haben werden. Die Maßnahmen zur Unterstützung und Abfederung des Strukturwandels
142 in den Braunkohleregionen zeigen, welche Möglichkeiten genutzt werden können,
143 wenn der Wille dazu vorhanden ist.

144 Dazu braucht es jetzt Investitionen in Sachsen! Der Bund macht es vor:
145 Deutschland investiert in den nächsten Jahren ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr in
146 Zukunftstechnologien, in die Verkehrswende und in den Klimaschutz. So bleibt
147 unser Land im Weltmaßstab konkurrenzfähig und sichert die Einnahmen der Zukunft.

148 Sachsen muss diesen Schwung nutzen. Wir brauchen auch im Freistaat einen
149 Investitionsschub. Wir wollen die großzügigen Fördermittel des Bundes nutzen –
150 und brauchen dafür Kofinanzierungsmittel. Ein Beispiel: Wenn der Bund ein „Graue
151 Flecken“-Programm auflegt, um das gesamte Land mit Glasfaser zu erschließen,
152 muss Sachsen eigenes Geld beisteuern. Es wäre töricht, diese Chance verstreichen
153 und die Fördermittel liegen zu lassen. Denn so müsste Sachsen entweder in
154 einigen Jahren vollständig aus eigener Kraft erschließen – für die vielfachen
155 Kosten – oder aber weite Landesteile blieben von der Digitalisierung abgehängt.
156 Beides ist nicht nachhaltig – und beides kann sich Sachsen nicht leisten.

157 Gerade in Krisenzeiten, in denen private Investitionen zurückgehen, haben

158 öffentliche Investitionen einen dringend erforderlichen positiven Effekt auf die
159 Wirtschaft, die Arbeitsmarktsituation und die Sicherheit der Beschäftigten.
160 Angesichts der konjunkturellen Lage und des Zinsniveaus ausgerechnet jetzt die
161 öffentlichen Ausgaben zu reduzieren hieße, wider besseres Wissen Sachsens
162 Ausgangsposition für das nächste Jahrzehnt deutlich zu verschlechtern.

163 Wir haben jetzt und heute die Chance, dass die ostdeutsche und die sächsische
164 Industrie zu Vorreitern auf einzelnen Wirtschaftsfeldern werden können. Wir
165 haben das erste Mal seit 1990 eine Chance auf einen Vorsprung Ost! Voraussetzung
166 dazu ist eine industrie-, energie- und forschungspolitische
167 Innovationsstrategie.

168 Wenn wir jetzt bei Zukunftstechnologien wie der Wasserstoff-Technologie und dem
169 Ausbau der erneuerbaren Energien sparen, dann droht der Zug für Sachsen
170 abzufahren. Die anderen Wirtschaftsregionen dieser Welt warten nicht. Es ist
171 deshalb jetzt umso wichtiger, dass im Landeshaushalt Mittel für die
172 erfolgreichen High-Tech-Programme zur Verfügung gestellt werden, die uns
173 ermöglichen, Sachsen bei den Innovationszyklen der Zukunft vorn zu positionieren
174 – sei es die Technologieförderung, die Förderung von Innovationsclustern aus
175 Unternehmen und Forschungseinrichtungen oder eine sächsische Beteiligung an
176 grenzüberschreitenden öffentlich-privaten Großinvestitionen in die
177 Wasserstoffwirtschaft.

178 In Dresden entwickelt sich gerade die Weltspitze der Roboterforschung und
179 Mikroelektronik, in Sachsen wird der Grundstein für die Zukunft des deutschen
180 Automobilbaus gelegt, in Leipzig, Kamenz und Döbeln werden in Zukunft modernste
181 Batterien hergestellt. Wir sichern damit die Zukunft des Automobil-Baus in
182 Sachsen: Neben den bekannten Akteuren bei der Entwicklung und dem Bau von
183 Brennstoffzellen und Systemkomponenten für die Mobilität muss ein Fokus auf
184 Tanksysteme und die Systemintegration gelegt werden. Während im Bereich der PKW-
185 Antriebe der Einsatz von Batterien als effizienteste Variante gilt, wird bei Bus
186 und Bahn sowie beim Schwerlastverkehr Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen.

187 Die sächsischen Autozulieferer sind beim Strukturwandel in der Branche zu
188 unterstützen, um nachhaltige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.
189 Lediglich an bekannten und etablierten Strukturen festzuhalten, macht dabei aber
190 keinen Sinn, weil die weltweite Entwicklung im Bereich der Mobilität und die
191 vorhandene Konkurrenzsituation nicht allein aus Sachsen beeinflusst werden
192 können.

193 Hier gilt es, die gemeinsamen Netzwerke von Industrie und Forschung in Sachsen
194 zu nutzen, um die vorhandene Position zu halten und ggf. auszubauen, vor allem
195 in Bereichen mit Alleinstellungsmerkmalen.

196 Bei der Wasserstoffmobilität brauchen wir ein Leuchtturmprojekt. Dabei müssen
197 wir all jene Akteure einbeziehen, die entlang der Wertschöpfungskette für grünen
198 Wasserstoff relevant sind. Wir haben in Sachsen eine sehr gute Ausgangsposition
199 in den Bereichen der Elektrolyseur- und Brennstoffzellentechnologien, die wir
200 festigen und ausbauen sollten. Deshalb braucht es ein Entwicklungszentrum für
201 die Vorlaufforschung für grünen Wasserstoff.

202 **2. ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE ZUKUNFT MIT GLEICHEM LOHN FÜR** 203 **GLEICHE ARBEIT**

204 Die Beschäftigten und Soloselbständigen wurden durch den Wegfall von Aufträgen
205 oder durch Arbeitslosigkeit teilweise hart getroffen. Gerade für viele
206 Beschäftigte mit niedrigen Einkommen reicht das Kurzarbeitergeld kaum zum Leben.
207 Das gilt insbesondere für Beschäftigte mit Teilzeitverträgen.

208 Zudem erinnern die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise viele
209 Beschäftigte an die hohe Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit. Verstärkt wird
210 dieses Gefühl, weil vielen Branchen ein radikaler Wandel bevorsteht. Fast alle
211 Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sich die Arbeit durch Digitalisierung,
212 Künstliche Intelligenz und Strukturwandel massiv verändern wird.

213 Es wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit
214 einhergehende einseitige Macht der Unternehmer in den letzten 30 Jahren mit den
215 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat ihnen damals den
216 Zahn gezogen. Sie haben oft Ihr Selbstbewusstsein verloren, manchmal auch ihren
217 Stolz. Sie haben auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen verzichtet, auf
218 Tarifverträge und Betriebsräte – in der Hoffnung, dadurch ihre Jobs zu sichern.
219 In vielen Branchen bezahlen sie diesen Verzicht auf Mitbestimmung aber mit
220 geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und in der Folge mit einer
221 drohenden Altersarmut.

222 Umso bemerkenswerter ist es, dass wir in den letzten Monaten im Schatten der
223 Pandemie viele Beschäftigten für höhere Löhne und mehr Rechte kämpfen sehen. Die
224 Streiks für bessere Löhne in der sächsischen Lebensmittelindustrie sind dafür
225 nur ein Beispiel.

226 Wir werden diese Bewegung politisch weiter unterstützen. Dies geht über konkrete
227 Solidaritätsaktionen, aber auch über einen regelrechten Kulturkampf: Es ist ein
228 Kampf gegen das 1990er-Jahre Denken. Man muss heute weniger Angst um den
229 Arbeitsplatz haben, wenn man Forderungen an die Firmen und Chefs stellt.
230 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.
231 Es ist zudem ein Kampf gegen das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dieses

232 Motto führte dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und
233 Kollegen zweiter Klasse da stehen.

234 Sachsen soll ein starker Wirtschaftsstandort bleiben. Viel mehr als in der
235 Vergangenheit ist es dafür notwendig, dass das Prinzip "Gute Arbeit" auch in
236 Sachsen zur Regel wird. Und dafür ist die Stärkung der Sozialpartnerschaft die
237 entscheidende Voraussetzung: Mit Betriebsräten und Gewerkschaften können
238 Regelungen zwischen Beschäftigten und Unternehmen fair und zum Wohle aller
239 ausgehandelt werden. Betriebsräte sind keine Gegner des Unternehmens, sie machen
240 sie krisenfester und zukunftsfähiger.

241 Wir werden als SPD daher folgende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die
242 Kolleginnen und Kollegen durchsetzen:

243 Wir werden ein Vergabegesetz einführen, gegen das sich CDU und Arbeitgeber seit
244 Jahren mit Händen und Füßen gewehrt haben. Dabei wird es einen
245 Vergabemindestlohn geben sowie die Tarifstandards gestärkt und soziale und
246 ökologische Kriterien verankert werden. **Auch Kriterien wie beispielsweise ein
247 geringer Anteil an Leiharbeit, Übernahmegarantien für Azubis oder die
248 Gleichstellung der Geschlechter sollten im Vergabegesetz positiv berücksichtigt
249 werden.**

250 Wir werden eine Bundesratsinitiative gegen „Union-Busting“ (wörtlich übersetzt:
251 „Gewerkschaften plattmachen“) einbringen. Dieses Handeln richtet sich oft gegen
252 Betriebsräte, Vertrauensleute, kritische Arbeiterinnen und Arbeiter und damit
253 gegen eine Organisierung unter Kolleginnen und Kollegen, die erst im Entstehen
254 begriffen ist. Wir wollen deshalb Arbeitnehmerinnen schon während der
255 Betriebsratsgründung besser schützen. Diese Unterdrückung von Mitbestimmung
256 müssen wir härter bestrafen.

257 Wir werden für die Idee bei den Bundestagswahlen kämpfen, tarifgebundene
258 Unternehmen steuerlich besserzustellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es
259 muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen
260 verbindlich zu machen: Das bedeutet, dass der Geltungsbereich von
261 Verhandlungsergebnissen auch für die Unternehmen und die dort beschäftigten
262 Kolleginnen und Kollegen gelten, die nicht tarifgebundenen sind. Dafür werden
263 wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlich-Erklärungen von
264 Tarifverträgen abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. In
265 einer immer schneller und globaler agierenden Wirtschaft müssen bestehende
266 Tarifverträge im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen weiter
267 Bestand haben, bis ein neuer Tarifvertrag verhandelt ist.

268 Zudem wollen wir weitere konkrete Schritte unternehmen, dort zu handeln, wo die
269 Corona-Krise Ungerechtigkeiten und echte Defizite deutlich gemacht hat. Viele
270 Sächsinen und Sachsen arbeiten im Jahresschnitt 14 Tage länger und verdienen
271 700 Euro weniger als die Kolleginnen in Westdeutschland. Wenn man ohnehin kein
272 hohes Gehalt bezieht und dann in Kurzarbeit muss, bleibt vom Lohn kaum etwas
273 übrig.

274 Wir wollen daher den Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro anheben.

275 Kleinere und mittlere Einkommen können vor allem bei den Sozialabgaben und z.B.
276 den Kosten für die Kinderbetreuung wirksam entlastet werden. Pauschale
277 Steuersenkungen, von denen vor allem sehr gut Verdienende profitieren, lehnen
278 wir ab. Unser Ziel ist vielmehr, dass Topverdienende einen größeren Beitrag zum
279 Gemeinwohl leisten und so Mittel für Zukunftsinvestitionen frei werden. Daher
280 wird zum Jahreswechsel der Soli nur für kleine und mittlere Einkommen
281 abgeschafft. Die vollständige Abschaffung des Solis auch für ganz reiche
282 Einkommen lehnen wir hingegen ab. Von einer solchen würden auch kaum Sächsinen
283 und Sachsen profitieren: Nimmt man das Jahr 2018 als Anhaltspunkt, dann muss ab
284 2021 in 1,2 Millionen Fällen der Soli nicht mehr entrichtet werden. Nur noch
285 11.000 Menschen müssen dann in Sachsen den Soli vollständig zahlen.

286 Ganz oben auf der Agenda unserer Forderungen bleibt auch die bessere
287 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Lockdown hat die Wichtigkeit einer
288 verlässlichen Ganztagsbetreuung gezeigt. Gleichzeitig haben viele erfahren, dass
289 flexiblere und selbst bestimmte Formen der Arbeit möglich sind. Viele
290 Beschäftigte, aber auch viele Unternehmen haben den Mehrwert mobilen Arbeitens,
291 von Homeoffice und von Telefon- wie Videokonferenzen wahrgenommen. Die SPD will,
292 dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese neuen Formen der Arbeit besser
293 nutzen können. Deshalb wollen wir einen Rechtsrahmen für das Homeoffice und das
294 mobile Arbeiten schaffen. Dabei werden wir die Betriebe nicht aus ihrer
295 unternehmerischen Verantwortung entlassen und achten besonders auf Arbeitsschutz
296 sowie betriebliche Mitbestimmung.

297 Der Lockdown hat auch gezeigt, dass parallel Arbeiten und Kinder betreuen daheim
298 Familien schnell an ihre Belastungsgrenze bringen. Wir setzen uns daher für die
299 dauerhafte Ausweitung der Kindkrank-Tage ein. Zudem setzen wir uns für eine
300 Verlängerung des Anspruchs über den 12. Geburtstag hinaus ein.

301 Zudem treten wir für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt ein.
302 Auch hier hat uns Corona schmerzlich vor Augen geführt, wie weit entfernt wir
303 hiervon sind. Wir werden das Sächsische Frauenförderungsgesetz überarbeiten. Die
304 gesetzlichen Vorgaben müssen an den Wandel der Arbeitswelt sowie an veränderte
305 Berufsbiographien und Lebensentscheidungen aller Geschlechter und Familienformen

306 angepasst
307 werden. Damit der Gleichstellungsfortschritt in Sachsen wieder an Tempo gewinnt,
308 ist ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz unerlässlich.

309 **3. INVESTITIONEN LANGFRISTIG SICHERN**

310 Die Corona-Pandemie hat Folgen für den Haushalt: Haushaltsmittel sind knapp. Es
311 geht nicht darum, Träume zu erfüllen.

312 Es geht aber darum, die Maschinen heute am Laufen zu halten und für morgen
313 Vorsorge zu treffen. Sachsen darf den Zug in die Zukunft nicht verpassen. Mit
314 den laufenden Einnahmen und dem Corona-Bewältigungsfonds finanzieren wir die
315 regulären Ausgaben des Haushalts auf dem Niveau der zurückliegenden Jahre und
316 sichern so Aufgaben wie Jugendhilfe und Kulturförderung, den Gesundheitsdienst,
317 Kitas und Schulen, Arbeitsmarktförderung und soziale Leistungen ab.

318 Trotz einer ersten Einigung bei den Haushaltsverhandlungen bleiben wir dabei:
319 Die Zukunftsinvestitionen, also die Ausgaben, die klar abgrenzbar für
320 langfristig wirksame Aufgaben getätigt werden müssen, sollte Sachsen durch ein
321 gesetzlich zu bildendes Sondervermögen auch langfristig finanzieren. Mit
322 Krediten oder durch eine zeitlich begrenzte, verminderte Zuführung an den
323 Generationenfonds – der Topf, in den Sachsen schon heute Geld legt für die
324 Beamtenpensionen von morgen. Das ist in Zeiten sprudelnder Einnahmen richtig, in
325 der Krise ist es dagegen fahrlässig.

326 Wir werden hier weiter versuchen, Druck auf Grüne und CDU machen, nicht zuletzt
327 bei den Verfassungsänderungen: Es ist sehr klar geworden, dass die aktuelle
328 Ausgestaltung der sogenannten Schuldenbremse ihre erste Bewährungsprobe nicht
329 bestanden hat. Der in der Verfassung verankerte Mechanismus der „Schuldenbremse“
330 spielte in der Krise überhaupt keine Rolle, da er – wenn überhaupt – viel zu
331 spät gegriffen hätte. Die Handlungsfähigkeit des Freistaats konnte nur durch die
332 Feststellung einer – laut Verfassung „außergewöhnlichen“ – Notsituation
333 gesichert werden. Gleichzeitig ist der Zeitraum, in dem die aufgenommen Kredite
334 laut Verfassung getilgt werden müssen, stets gleich: acht Jahre. Diese Vorgabe
335 erweist sich in der Krise als wirklichkeitsfremd und besteht damit ihren
336 Praxistest nicht. Die Tilgung der Kredite innerhalb von acht Jahren ist
337 gefährlich für die Zukunftsfähigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt
338 unseres Landes. Ihre Anwendung in der aktuellen Form würde für Sachsen bedeuten,
339 notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Sachsens wie bessere Bildung,
340 die Verkehrswende, eine nachhaltige Industrie- und Mittelstandspolitik, den
341 Klimaschutz oder die Digitalisierung in die ferne Zukunft zu verschieben und
342 gleichzeitig bei den zentralen Stützen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie
343

344 dem Gesundheitssystem, Bildung, Sicherheit, bei Kinder und Jugendlichen und
345 Kultur zu sparen.

345 Unser zentrales Ziel ist es daher, die Tilgungsfrist für Kredite zu verlängern.
346 So stellen wir sicher, dass die notwendigen Zukunftsinvestitionen möglich werden
347 und es nicht zu kurzfristigen massiven Kürzungen kommt.

348 Gerade weil sich aus dem Grundgesetz keine Notwendigkeit ergibt, eine
349 Tilgungsfrist in der Verfassung zu verankern, sollte auf eine solche Frist
350 verzichtet werden. Eine einfachgesetzliche Regelung analog der Bestimmungen des
351 Grundgesetzes bzw. anderer Landesverfassungen reicht vollkommen aus. Dies würde
352 dem Gesetzgeber die notwendige Flexibilität geben, bei konjunkturellen
353 Schwankungen eine Anpassung der Tilgungsfrist vorzunehmen.

354 In der Krise sahen wir zudem erneut eine massive Ungleichbehandlung zwischen
355 Kapital und Arbeit. Während viele Unternehmen, Beschäftigte und kleine
356 Selbständigen unter der Krise Einbußen erleben mussten, beteiligte sich das
357 Großkapital kaum an den Folgen der Krise, etwa über den Verzicht auf
358 Mietzahlungen von in der Krise getroffenen Unternehmen. Und in Zukunft stellt
359 sich erneut die Frage, ob die Kosten der Krise auf dem Rücken der Menschen mit
360 niedrigen und mittleren Einkommen ausgetragen werden oder sich Kapital und
361 Vermögen an den Kosten der Krise beteiligen.

362 Wir fordern eine Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und eine Stärkung der
363 Erbschaftssteuer für Menschen mit sehr hohem Vermögen, Einkommen oder
364 Erbschaften. Das werden wir gut erklären müssen: Denn viele Beschäftigte haben
365 nicht vor Augen, dass sie aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Einkommen weder
366 von Steuersenkungen profitieren noch unter Steuern auf hohe Vermögen leiden
367 würden. Die Menschen in Sachsen haben kaum hohe Vermögen, kaum wertvollen
368 Immobilien-Besitz und hohe Einkommen. Von Steuersenkungen oder der Ablehnung von
369 Steuern auf Kapital profitieren vor allem sehr reiche Westdeutsche. Sächsische
370 Beschäftigte wären hingegen besonders betroffen, wenn weniger staatliche Mittel
371 zur Verfügung stehen.

372 **4. IN BILDUNG INVESTIEREN: DIE SCHULE IN SACHSEN NEU DENKEN**

373 Nach wie vor gibt es beim Zugang zu Bildung und beim Bildungserfolg soziale
374 Schieflagen, die in der Corona-Krise noch deutlicher sichtbar geworden sind. In
375 vielen Familien konnten die wegfallenden frühkindlichen Bildungsangebote oder
376 ins Homeschooling verlagerte Schulstunden nicht durch die Eltern aufgefangen
377 werden. Der Wegfall der Präsenzangebote in Kita, Schule, Ausbildungsbetrieb,
378 Hochschule bzw. Weiterbildungseinrichtung zeigte, wie wichtig die Institutionen

379 für mehr Chancengleichheit in der Bildung sind. Bildung ist Vertrauensarbeit und
380 benötigt ein soziales, kommunikatives Miteinander. Wir werden daher als SPD
381 verhindern, dass ähnlich wie 2010 Kürzungsmaßnahmen das Bildungssystem treffen.
382 Jetzt in Bildung zu investieren, sichert mehr Chancengleichheit.

383 Die Pandemie hat schmerzlich die Lücken im digitalen Bildungsangebot deutlich
384 gemacht. Insbesondere unsere Schulen müssen besser auf die (digitale) Zukunft
385 vorbereitet werden.

386 Mit dem Digitalpakt Schule gibt es gerade einen Schub für die digitale
387 Infrastruktur in den Schulen sowie die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern
388 und Lehrkräften mit mobilen Endgeräten. Diese einmaligen Investitionen des
389 Bundes müssen auf Dauer gestellt werden, um die öffentlichen und freien
390 Schulträger bei der Aufgabe zu unterstützen, eine nachhaltige IT-Infrastruktur
391 aufzubauen, modern zu erhalten und auszubauen. Unser Anspruch ist, allen Kindern
392 und Lehrkräften ein mobiles Endgerät zur Verfügung stellen zu können.

393 Neben der technischen Grundausstattung bedarf es auch einer Modernisierung der
394 sächsischen Lernplattform „Lernsax“. Sie muss sich zu einer Lern-Cloud wandeln
395 oder durch eine von Bund und Ländern betriebene Schul-Cloud abgelöst werden. Für
396 digitales Lernen und Arbeiten müssen mehr Lernsequenzen online und adaptiv
397 verfügbar sein sowie sich leicht in Lernprozesse einbinden lassen. Es ist
398 notwendig, Lernaufgaben flexibel abrufbar zu machen, sowohl individuelle
399 Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie jedem und jeder
400 Lernenden differenzierte Rückmeldungen zum Lernfortschritt zu geben. Zudem muss
401 es Tools geben, die eine direkte, zeitnahe Kommunikation und aktive Interaktion
402 zwischen Lernenden und Lehrenden ermöglichen. Wir brauchen nicht nur in Zeiten
403 einer Pandemie digitale Arbeitsräume und Lernmanagementsysteme, die mit
404 unterschiedlichen Aufgabenstellungen und individuellen Lernstandserhebungen
405 einen wesentlichen Beitrag zur Organisation und Strukturierung des Lernens
406 leisten können. Deshalb sollte sich Lernsax zu einer Open-Source-Plattform
407 wandeln, die einen übersichtlichen, steuerbaren, datenschutz- und
408 urheberrechtskonformen digitalen Raum zur Verfügung stellt. Ein solches
409 cloudbasiertes Lernmanagementsystem muss zukünftig zur Grundausstattung jeder
410 Schule gehören.

411 Bei der Nutzung dieser Plattform wird die didaktische Reduktion in der
412 Aufgabenformulierung sowie der methodisch medialen Ausgestaltung entscheidend
413 sein – eine Herausforderung für viele Lehrkräfte, die mit dem Grad der
414 Digitalisierung immer größer wird. Deshalb gilt es, Beratungs- und
415 Unterstützungsnetzwerke zu schaffen sowie die Online-Fortbildung auszubauen.

416 Während sich die CDU zu lange auf den echten und vermeintlichen Erfolgen ihrer

417 Bildungspolitik ausruht, will die SPD weitere Reformen ergreifen. Die Welt, in
418 der unsere Kinder leben, unterscheidet sich deutlich von jener, in der wir
419 aufgewachsen sind, und wird sich in einem immer schnelleren Tempo weiter
420 verändern. Wissen ist immer und überall verfügbar, die Menge an Informationen
421 nimmt ständig zu. Im Arbeitsleben geht es immer weniger um das Erlernen und
422 Ausführen wiederholbarer Tätigkeiten, stattdessen sind in Einzelprojekten
423 selbstorganisiertes Lernen, Problemmanagement, Kreativität und Teamarbeit
424 gefragt.

425 Es ist offensichtlich: Wenn sich ändert, wie wir arbeiten, muss sich auch
426 ändern, wie wir lernen. Anwendung statt Abfrage – Erfahrung statt Pauken:
427 Lernprozesse im 21. Jahrhundert erfordern eine verstärkte Prozess- anstelle
428 einer Produktorientierung. Hin zu eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem
429 Lerngegenstand, weg von der reinen Wissensvermittlung und -abfrage. Deshalb
430 garantieren wir ein lebenslanges Recht auf Bildung und schaffen einen inklusiven
431 Zugang zu Bildung.

432 Die Schule der Zukunft in Sachsen ist aus besagten Gründen eine Ganztagschule.
433 Sie bietet Kindern und Jugendlichen über den Tag verteilt Unterricht, fördernde
434 Freiarbeit und Freizeit sowie Sport, Spiel, Spaß und Bewegung.

435 Und an ihr wird von der Praxis des Lebens gelernt: Lebenserfahrungen werden an
436 Lebensorten gemacht. Daher sind Kooperationen zwischen Schulen und
437 außerschulischen Lernorten wie Unternehmen, Handwerksbetrieben, Behörden,
438 Kultureinrichtungen und Gedenkstätten fester Bestandteil des schulischen
439 Alltags. Die Ganztagschule lebt eine demokratische Schul- und Unterrichtskultur
440 und arbeitet inklusiv. Von Beginn an muss Verschiedensein normal sein. Damit all
441 dies gelingt, sind nicht nur engagierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern weitere
442 Professionen, die förderpädagogische, sozialpädagogische, freizeitpädagogische,
443 psychologische oder therapeutische Kompetenzen einbringen, und weitere zum
444 Profil der Schule passende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem
445 multiprofessionellen Team tätig. Dies wird von einer erweiterten Schulleitung
446 koordiniert. So wird es uns gelingen, das Dasein des Lehrers oder der Lehrerin
447 als Einzelkämpfertum zu beenden, pädagogische Teams zu entwickeln sowie die
448 Schwarmintelligenz dieser Teams nutz- und fruchtbar zu machen.

449 Zur Bildungsreform gehört auch, die sächsischen Lehrpläne durch einen
450 Rahmenlehrplan, der die allgemeinen Kompetenzen und Kulturtechniken abbildet, zu
451 ersetzen. Er soll die Lernziele definieren. Angesprochen werden sollen die
452 Grundsätze einer gelingenden Lernumgebung und Standards eines allgemeinen
453 Lernkonzepts. Die jeweilige Schule erarbeitet ihre eigenen Pläne, um regional
454 ansässige externe Lernorte zu nutzen. Die Aufgabe der Schule ist es, die
455 Fähigkeiten zur Selbstbeurteilung zu entwickeln und somit die Lernfähigkeit zu

456 fördern, wobei der eigene Lernfortschritt und das eigene Lerntempo im Fokus
457 stehen. Neben den Kernfächern entwickelt sich ein projektorientierter Unterricht
458 an der Ganztagschule.

459 Die Ganztagschule ermöglicht gleiche Chancen in Stadt und Land. Der ÖPNV muss
460 sich daher als echter Dienstleister für junge Menschen in Sachsen entwickeln.
461 Nicht der örtliche Träger des Schülerverkehrs darf über die Bildungschancen
462 entscheiden, sondern Eltern und deren Kinder. An einer Ganztagschule als
463 Lebens- und Erfahrungsort ist zudem eine gestärkte Elternarbeit unerlässlich.
464 Dies umfasst auch Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien, Eltern bzw.
465 Kinder.

466 **5. WIR WOLLEN DIE SOZIALE SICHERUNG UND DEN** 467 **GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN.**

468 Die kurzfristigen Kürzungen aus dem Jahr 2010 sind eine Mahnung: Die damaligen
469 Kürzungen in Bildung, Sicherheit und im Sozialen beeinträchtigten massiv das
470 Vertrauen in die Demokratie. Die von sozialen Strukturen abhängigen Menschen
471 erheben weniger oft ihre Stimme. Doch ihre Stimmung prägt die gesellschaftlichen
472 Spaltungen der letzten Jahre, auch wenn es in manchen Kreisen hieß, „für die
473 eigenen Leute werde nichts getan“.

474 Es wäre es genauso fatal, wenn die sächsische Politik jetzt Strukturen kürzt und
475 dadurch Frauen und Männer arbeitslos auf die Straße entlässt, die in den
476 zurückliegenden Monaten der Corona-Krise für die Menschen da waren – die
477 Sicherheit gegeben, Hilfestellung geboten und oder einfach nur zugehört haben,
478 und die nun besonders gebraucht werden, um die Folgeschäden der Corona-Krise
479 abzufedern. Denn die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus haben bei vielen
480 die Probleme, die sowieso schon bestanden, verschärft. Jugendliche und Kinder
481 waren lange im Lockdown. Es gab eine Steigerung der Gewalt in Familien. Dort, wo
482 es Drogenprobleme gab, traten sie verstärkt zu Tage. Bei Menschen auf dem Weg in
483 den ersten Arbeitsmarkt ergaben sich erhebliche Rückschläge.
484 Integrationsmaßnahmen wurden ausgesetzt. Die extreme Rechte hat den Unmut vieler
485 mit den Anti-Pandemie-Maßnahmen instrumentalisiert. Weil die Kritik an den
486 Maßnahmen lauter wird, werden Angebote der Kultur und der kulturellen Bildung
487 umso wichtiger, um aufzuklären, zu animieren, Gemeinschaft zu stiften und das
488 Miteinander zu stärken.

489 Wir haben diesmal daher nicht gekürzt und Strukturen zerschlagen. Wir haben in
490 der Krise den Gesellschaftsberufen und damit den Familien, Kindern und
491 Jugendlichen die Stange gehalten. Wir haben Förderprogramme weiterlaufen lassen,
492 auch wenn die Leistung mal nicht erbracht werden konnte. Zudem haben wir eigene

493 Hilfsprogramme für die sozialen Organisationen und Werkstätten für Menschen mit
494 Behinderung aufgelegt.

495 Wir haben schon im Sommer 2020 durchgesetzt, dass sich die Koalition
496 verpflichtet, die finanzielle Unterstützung geförderter Vereine, Verbände und
497 des Ehrenamts über den Jahreswechsel hinaus zu sichern und Gelder zur
498 Fortsetzung von Förderprogrammen noch 2020 zu bewilligen. Dieser
499 Schutzmechanismus war nötig, weil der Landeshaushalt 2021/2022 erst im Frühjahr
500 verabschiedet wird.

501 Eines unserer Markenkerns ist starke Politik für junge Menschen. Wir setzen
502 unseren Pakt für die Jugend um. Er bedeutet kurz: gemeinsam für die Jugend! Er
503 ist ein Zeichen an diejenigen, die in der Jugendarbeit beschäftigt sind. Und er
504 ist ein Zeichen an alle jungen Menschen. Für uns muss er gleichzeitig auch ein
505 Pakt mit der Jugend sein. Kern ist eine verbindliche Vereinbarung zwischen Land,
506 Trägern und möglichst auch Kommunen und Landkreisen zur weiteren Entwicklung der
507 Kinder- und Jugendhilfe für die nächsten fünf Jahre. Der Pakt wird Sicherheit
508 bringen für die Angebote für junge Menschen, in Stadt und Land. Und er wird
509 Sicherheit bringen für die Arbeitsverhältnisse von Kolleginnen und Kollegen in
510 der Jugendarbeit und in der Sozialarbeit.

511 Auch Integration darf nicht unter die Räder der Krise kommen: Kürzen wir hier
512 radikal, werden wir die Folgeprobleme um so teurer. Wir legen ein Teilhabe- und
513 Integrationsgesetz auf. Damit erstellen wir die Rechtsgrundlagen für die
514 gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und verbessern
515 die Integrationsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene. Wir orientieren uns
516 dabei am Grundsatz „Fördern und Fordern“.

517 Zugleich zeigte die Corona-Krise die Mängel von Hartz IV und des Sozialstaats
518 auf: Viele Aufstocker mit kleinen Einkommen und Kurzarbeitergeld fanden sich
519 genauso wie vermehrt wieder Kinder in Hartz IV. Die Grundsicherung (Leistungen
520 des SGB II) musste gerade für die Selbstständigen verändert, d.h. geöffnet
521 werden, dass viele in der Krise nichts schnell nach ganz unten abstürzten.

522 Die Reaktion auf Corona-Krise zeigte aber auch, dass der Sozialstaat verändert
523 werden kann. Und er durch eine Reform besser werden kann.

524 Die SPD tritt dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich in
525 Zukunft auch Soloselbständige absichern. Gerade Selbständige ohne Beschäftigte
526 sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ähnlich, denn ihre Existenzgrundlage
527 ist nur ihre eigene Arbeitskraft. Wir brauchen eine analoge Leistung zum
528 Kurzarbeitergeld und Arbeitslosenversicherung für Selbständige, die in solchen

529 existentiellen Krisen wirkt.

530 Wir haben die Grundrente eingeführt. Diese wird viele künftige sächsische
531 Rentner davor bewahren, schnell nach unten abzustürzen. Allerdings hat die CDU
532 einige Regelungen verhindert. Wir werden daher die Grundrente perspektivisch
533 weiterentwickeln.

534 Zugleich werden wir den Sozialstaat reformieren und gerechter ausgestalten. Die
535 sozialdemokratische Idee des neuen Bürgergeldes bedeutet eine Abkehr von Hartz
536 IV. Ein hart erarbeiteter Wohlstand muss auch in Krisenzeiten über einen
537 längeren Zeitraum sicher sein – das haben wir in der aktuellen Krise gesehen.
538 Wir werden daher mit dem neuen Bürgergeld die Wohnung und das Ersparte länger
539 schützen.

540 Wir werden die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen verlängern, die
541 bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Zugleich muss es faire Angebote
542 geben, sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit
543 einem Bonus für Weiterbildung und einem Arbeitslosengeld Q, um sich Selbst-
544 Qualifizieren zu können.

545 **6. FAMILIEN STÄRKEN, KINDERARMUT BEENDEN**

546 Als SPD haben wir Sachsen kinder- und familienfreundlicher gemacht.
547 Unterstützungs- und Teilhabeangebote wurden geschaffen, die Ganztagsbetreuung
548 wurde ausgebaut sowie familienpolitische Leistungen erhöht. Wie wichtig diese
549 Strukturen waren, zeigte deren Wegfall im ersten Lockdown 2020.

550 Corona zeigte aber auch, dass Kinderarmut weiterhin ein zentrales Problem in
551 Sachsen ist. Die finanzielle Situation der Eltern hat Auswirkungen auf ihr
552 ganzes Leben. Kinderarmut ist etwas, das wir nicht hinnehmen wollen und können.
553 In der Corona-Krise wurde auf die Mehrbelastung reagiert und Familien mit dem
554 Kinderbonus von 300 Euro je Kind und einem Entlastungsbetrag für
555 Alleinerziehende finanziell unterstützt.

556 Wir werben energisch für die Einführung der Kindergrundsicherung auf
557 Bundesebene. Auf Landesebene setzen wir uns für die Ausweitung des
558 Landeserziehungsgelds auf alle alleinerziehenden Mütter und Väter ein, auch wenn
559 diese ihr Kind in die Betreuung geben.

560 Denn es ist ungerecht, dass Beschäftigte wie die KassiererIn und der Paketbote
561 am wenigsten finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Leute, die
562 gerade so viel verdienen, dass sie über der Schwelle von Förderungen wie

563 Wohngeld oder Kinderzuschlag sind, die aber auch noch keine oder wenig Steuern
564 bezahlen, erhalten lediglich Kindergeld. Kinder von Eltern mit Spitzensteuersatz
565 bekommen hingegen über den steuerlichen Freibetrag monatlich bis zu 89 Euro mehr
566 Geld für jedes ihre Kinder und können auch das Elite-Internat am Bodensee
567 steuerlich absetzen.

568 Die CDU Sachsen will diese Ungerechtigkeit sogar noch vertiefen, indem sie in
569 ihrem Programm noch mehr Familienleistungen an die steuerliche Absetzbarkeit
570 binden will.

571 Ob die sozialdemokratische Kindergrundsicherung eingeführt wird, darüber
572 entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der kommenden Bundestagswahl. Die
573 ostdeutschen Familien würden besonders profitieren, weil sie mehrheitlich über
574 weniger Einkommen verfügen als Familien in Westdeutschland.

575 Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung hat zwei Säulen: Zum einen fordern
576 wir, Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene perspektivisch
577 beitragsfrei zu machen. Darum setzen wir uns für eine gute und gebührenfreie
578 Bildung ein – von der Kita bis zum Meister oder Master. Genauso soll der
579 Öffentliche Personennahverkehr für Kinder und Jugendliche kostenfrei werden, für
580 den Schulweg ebenso wie in der Freizeit. In Sachsen haben wir mit dem
581 kostengünstigen Azubi-Ticket für Bus und Bahn vorgelegt und werden mit einem
582 Bildungsticket nachlegen. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und junge
583 Erwachsene in ganz Sachsen kostengünstig mobil sind. Wir werden uns dafür stark
584 machen, dass das Bildungsticket in dieser Legislatur kommt. Das ist und bleibt
585 ein Hauptziel.

586 Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sollen zudem alle Kinder nutzen können –
587 egal, wieviel die Eltern verdienen. Dafür wollen wir bundesweit für jedes Kind
588 eine Kinderkarte einführen – mit einem monatlichen Guthaben von 30 Euro. Davon
589 kann zum Beispiel der Sportverein oder die Musikschule bezahlt werden. Eine
590 damit verbundene App soll einen Überblick über das Angebot im Heimatort geben.

591 Die zweite Säule nimmt den „Flickenteppich“ an Einzelleistungen für Kinder und
592 Familien in den Blick. Dieser soll beseitigt und durch ein neues Kindergeld
593 ersetzt werden. Alle Familien erhalten den gleichen Basisbetrag von monatlich
594 250 Euro für jedes Kind. Darin enthalten sind auch die 30 Euro auf der
595 Kinderkarte. Familien mit wenig Geld bekommen hingegen mehr. Das neue Kindergeld
596 ersetzt auch andere Leistungen, die bisher einzeln beantragt werden mussten. Im
597 Ergebnis heißt das: Je nach Lebensalter des Kindes soll es bis zu 478 Euro pro
598 Monat mehr geben, um Kinderarmut in Zukunft endgültig zu verhindern. Wer viel
599 hat, wird weniger erhalten. Das ist gerecht.

600 7. KLIMASCHUTZ FÜR ALLE

601 Der Klimawandel macht während der Covid19-Pandemie keine Pause. Auch das Jahr
602 2020 zeigte, wie bedroht unsere Wälder, Wiesen, Arten und Flüsse nach wie vor
603 sind. Allen, die mit offenen Augen durch Sachsen wandern und fahren, werden die
604 Folgen vor Augen geführt: Waldbrände, Hitzewellen, Fluten und massenhaftes
605 Baumsterben sind bereits heute die sicht- und erlebbaren Folgen des
606 Klimawandels.

607 Zum Klimaschutz gibt es deshalb auch in Corona-Zeiten keine Alternative. Wir
608 stehen zum Kohlekompromiss. Wir bekennen uns zum Ziel, die Begrenzung der
609 Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Wir haben deshalb unsere
610 wirtschaftlichen Konjunkturprogramme im Rahmen der Corona-Krise auf Landes- und
611 Bundesebene auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und Nachhaltigkeit
612 ausgerichtet. Wir haben vor allem auch Maßnahmen in Bezug auf die dringend
613 nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende gestärkt.

614 Wir werden daher massiv in den klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung in
615 Sachsen sowie einen ökologischen Umbau von Land-, Forst- und
616 Ernährungswirtschaft investieren. Wir müssen Lieferketten in Sachsen nicht nur
617 kurzfristig retten, sondern diese auf einen mittel- und langfristig robusten,
618 klimaneutralen Entwicklungspfad bringen, um Grundstoffprozesse auf klimaneutrale
619 Verfahren (z.B. grüner Wasserstoff) und Infrastrukturen (z.B. grüne Leitmärkte)
620 umzustellen. Die Energiewende und Verkehrswende werden dabei nicht gelingen,
621 wenn wir den Wasserstoff nicht aus seiner Nische herausholen. Dazu brauchen wir
622 eine sächsische Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff
623 setzt.

624 Diese Strategie muss die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen wie z.B. bei der
625 Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um in
626 diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wir
627 haben großes Vertrauen in unsere Ingenieurinnen und Wissenschaftler, innovative
628 Lösungen zu finden.

629 Grundsätzlich ist dabei jedoch immer der Ausbau der erneuerbaren Energien und
630 Investitionen in Stromspeicher mitzudenken und zu forcieren, um die
631 Grundvoraussetzung für die Erzeugung grünen Wasserstoffs auch in Sachsen zu
632 schaffen. Hierzu zählen u.a. Projekte zum Bau von Photovoltaikanlagen auf
633 öffentlichen Gebäuden und entlang von Autobahnen sowie Zugstrecken. Dabei sind
634 auch die Potentiale der Sektorenkopplung im Gewerbebereich, bei der
635 Wärmeversorgung und den Industrieprozessen zu nutzen. Für die Netzstabilität und
636 die Langzeitspeicherung wird auch die Speicherung in chemischen Energieträgern
637

wie Wasserstoff eine Rolle spielen.

638 Für die Akzeptanz der erneuerbaren Energien ist die Möglichkeit der Eigennutzung
639 des Stroms ein wichtiger Aspekt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
640 an den Erlösen ist ein wichtiger Schlüssel.

641 Es wäre fatal, solche Investitionen aufgrund einer kurzsichtigen und
642 dogmatischen Finanzpolitik auszubremsen. Wir müssen jetzt in die
643 klimafreundliche Verkehrswende, in mehr ÖPNV, in Güterverkehr auf der Schiene,
644 in Radverkehr und in klimafreundliche Energieerzeugung investieren.

645 Solche Kürzungen untergraben nämlich auch die Unterstützung der Bevölkerung in
646 den Klimaschutz. Denn die Leute lehnen es zu Recht ab, dass ihnen allein als
647 Person die Verantwortung für den Klimaschutz zugeschoben wird. Nicht jeder und
648 jede kann sich ein teures Elektroauto leisten, sondern benötigt einen
649 kostengünstigen und klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr. Die Leute fordern
650 daher richtigerweise, dass die Politik und der Staat jene Strukturen ausbauen
651 und stärken, die es dem Einzelnen auch möglich machen, sein Verhalten zu
652 verändern und etwas für den Klimaschutz zu tun.

653 Bei der Umsetzung aller Maßnahmen für den Klimaschutz ist immer zu
654 berücksichtigen, dass sie immer auch einen Beitrag dazu leisten, die
655 Lebensqualität aller Menschen zu verbessern und die Folgen der Klimakrise für
656 alle Bevölkerungsschichten zu reduzieren. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen
657 müssen einkommensgerecht und nach dem Verursacherprinzip getragen werden. Denn
658 die Klimakrise ist auch mit einer sozialen Krise im Land verbunden, da in der
659 öffentlichen Kommunikation die Maßnahmen zum Klimaschutz zum Teil als sozial
660 ungerecht dargestellt werden.

661 Ein wichtiger Teil der Klimaschutzpolitik ist die Verkehrswende. Wir wollen,
662 dass Rad fahrenden und zu Fuß Gehenden sowie dem ÖPNV in Zukunft Priorität
663 eingeräumt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur in
664 den urbanen Räumen, aber auch im ländlichen Raum ausbauen und das ÖPNV Netz
665 zuverlässiger und erreichbarer machen. Mit einer Investitions- und
666 Angebotsoffensive wollen wir den Anteil des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen bis
667 2030 verdoppeln. Auch im Bereich der Barrierefreiheit stehen weitreichende
668 Investitionen an. Denn wir wollen, dass möglichst viele Menschen, auch solche
669 mit Einschränkungen, nicht mehr notwendigerweise auf ein Auto angewiesen sein
670 müssen.

671 **8. MEHR ZUSAMMENHALT UND MACHT TEILEN**

672 Studien zeigen, dass das Vertrauen in Demokratie, Institutionen und staatliches
673 Handeln durch das entschlossene Handeln der Regierungen insgesamt gestiegen ist.
674 Die Pandemie hat gleichzeitig neue und alte gesellschaftliche Gräben
675 aufgerissen. Viele, die sowieso schon mit Misstrauen auf Institutionen und
676 politische Entscheidungen blicken, sahen die Maßnahmen in der Corona-Krise als
677 Bestätigung ihrer Ablehnung. Neben Solidarität gab es auch viel Egoismus.
678 Bestehende Orte des Gemeinsinns und Engagements, wie Vereine und
679 Bürgerinitiativen, wurden durch die Corona-Krise vielfach eingeschränkt und
680 teilweise geschwächt.

681 Wir haben in der Corona-Krise erneut erlebt, wie der extremen Rechte und der AfD
682 jedes Mittel Recht ist, um die Gesellschaft zu spalten und die Leute
683 gegeneinander aufzuhetzen. Ganz nach dem Motto, „je schlechter es Deutschland
684 geht, desto besser für die AfD“. Weiterhin haben wir einen Ausbruch an
685 Verschwörungsmmythen erlebt, der nachdenklich stimmt. Wir müssen uns fragen,
686 warum manche Bürgerinnen und Bürger solchen teils irren, teils perfiden
687 Verschwörungsmmythen Glauben schenken oder als Argument akzeptieren, weil sie die
688 Maßnahmen aus welchen Gründen auch immer kritisch sahen.

689 Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit der Demokratie in der Corona-Krise
690 erneuter Anlass sein muss, um über einen demokratischen Aufbruch nach der Krise
691 zu reden. Unsere Antwort auf die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung ist
692 ein gesellschaftlicher Aufbruch! Wir wollen mehr Macht von oben nach unten
693 teilen. Wir wollen den Menschen vor Ort mehr Verantwortung und Möglichkeiten zum
694 Handeln geben. Und wir möchten das gemeinsame Verantwortungsgefühl zur
695 Weiterentwicklung Sachsens stärken. Jeder und jede kann und soll etwas
696 beitragen. Daraus erwächst aber auch die Verantwortung, gemeinsam für das
697 Gelingen einzustehen.

698 Gerade jetzt müssen wir die Demokratie gegen die extreme Rechte stärken. Es wäre
699 fatal, bei den zivilgesellschaftlichen Strukturen zu kürzen. Wir brauchen ein
700 Demokratiefördergesetz im Bund und im Land.

701 Wir wollen Bürgerbudgets einführen, die eine Pauschalzahlung an jede Kommune mit
702 mehr als 1.000 Einwohnern bedeutet, über die Bürgerinnen und Bürger mit ihren
703 eigenen Ideen bestimmen können. Einfach und basisdemokratisch.

704 Wir wollen selbstständig arbeitende Förderregionen einführen, die sich an dem
705 EU-Projekt „Leader“ orientieren: Dort beraten regionale Vertreterinnen und
706 Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie sie für
707 ihre Region – mit ihren Eigenheiten und Kultur, mit ihren Stärken und Schwächen
708 – gemeinsame Strategien entwickeln und Chancen nutzen.

709 Wir wollen die Reform der direkten Demokratie vorantreiben und die Quoren der
710 Abstimmungen in Sachsen senken: Dies wollen wir allerdings tun, ohne das
711 Parlament zu schwächen. Einen Volkseinwand sehen wir daher weiterhin äußerst
712 kritisch.

713 Wir wollen das Staatsziel Demokratieförderung mit in die Verfassung aufnehmen.

714 Es besteht die Gefahr, dass in Folge der Corona-Krise Orte zum Zusammenkommen
715 und Beisammensein verschwinden. Dies ist aber fatal für den Zusammenhalt. Wir
716 ermöglichen mit unserem Programm "Soziale Orte" die Entstehung von Orten der
717 Begegnung, der Kommunikation und sozialer Dienstleistungen, um
718 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das soll vor allem dort passieren,
719 wo in der Vergangenheit solche Orte weggefallen sind oder wo sie nie
720 existierten. Damit unterstützen wir ausdrücklich bürgerschaftliches Engagement.

721 Kinder haben in der Corona-Krise teilweise besonders gelitten, auch weil deren
722 Interessen oft unter den Tisch fielen. Um das zu verhindern, müssen Kinder als
723 eigenständige Persönlichkeiten gestärkt und an gesellschaftlichen
724 Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen daher Kinderrechte in der
725 Sächsischen Verfassung verankern.

726 **9. GESUNDHEITSSYSTEM STÄRKEN**

727 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie handlungsfähig Staat und Gesellschaft sein
728 können. Sie hat aber auch gezeigt, wo der Staat an seine Grenzen kommt: Die
729 Kürzung staatlicher Stellen in der Vergangenheit hat Lücken geschlagen. Die
730 COVID-19-Pandemie ist eine fundamentale Herausforderung für unser
731 Gesundheitssystem. Seine Stärken und Schwächen zeigen sich auch in Sachsen
732 deutlich.

733 Krankenhäuser, insbesondere die Intensivmedizin, sind für die
734 Gesundheitsversorgung in der Pandemie existenziell. Und auch die sächsische
735 Universitätsmedizin spielt nicht nur bei der Koordination, sondern auch bei der
736 Forschung zur Behandlung und Diagnostik von Covid19 eine besondere Rolle.

737 Trotz Hilfen des Bundes stellt die Pandemie für viele Krankenhäuser jedoch eine
738 finanzielle Belastung dar und offenbart bekannte Probleme der
739 Krankenhausfinanzierung. Die ist hauptsächlich auf Behandlungsfälle ausgerichtet
740 – unabhängig davon, wieviel Zeit oder Personal im Einzelfall tatsächlich
741 benötigt wird. In Kernbereichen der Daseinsvorsorge sollten daher Strukturen wie
742 etwa Personal finanziert werden, nicht Leistungen. So „rechnen“ sich
743 beispielsweise Kinderkliniken zum Teil nicht und sind damit bedroht. Wir

744 unterstützen die Forderung, die Kinder- und Jugendmedizin außerhalb des
745 pauschalierten Abrechnungssystem zu finanzieren. Wie im Koalitionsvertrag
746 vereinbart wollen wir die Investitionen in die sächsischen Krankenhäuser weiter
747 erhöhen.

748 Der Großteil der Patientinnen und Patienten wird auch in der Pandemie in den
749 Arztpraxen behandelt. Doch vor allem ländliche Regionen sind schon heute in
750 einigen Bereichen unterversorgt, da Ärztinnen und Ärzte fehlen. Wir brauchen
751 neben den bestehenden daher weitere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in
752 Sachsen, um ärztliches und pflegerisches Personal gut einzusetzen und die
753 Versorgung der Menschen zu verbessern. Wir fördern den Aufbau innovativer
754 Anlaufstellen wie die Poliklinik Plus und Gesundheitszentren, die ambulante und
755 stationäre Angebote unter einem Dach vereinen und die Versorgung sichern. Auch
756 digitale Vernetzungsmöglichkeiten und Gesundheitsangebote müssen weiter
757 gefördert und etabliert werden.

758 Klar ist für uns auch: Die gute Zusammenarbeit endet nicht an der Grenze
759 Sachsens oder Deutschlands. Es ist für uns selbstverständlich europäisch zu
760 denken und zu helfen, wo es möglich ist – sei es bei der Behandlung von
761 Patientinnen und Patienten oder mit Material.

762 Der Öffentliche Gesundheitsdienst steht in der Pandemie besonders im Fokus. Doch
763 die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen mangels Personal und
764 digitaler Infrastruktur häufig nicht mit der Arbeit hinterher. Neben der
765 personellen und digitalen Stärkung brauchen wir bundeseinheitliche Melde- und
766 Informationssysteme. In Sachsen wollen wir ein Landesgesundheitsamt als
767 fachliche Leitstelle schaffen. Kompetenzen sollten entsprechend angepasst und
768 erweitert werden, beispielsweise im Bereich Prävention oder bei
769 Koordinationsaufgaben.

770 Covid19 ist für Pflegebedürftige besonders gefährlich. Auch pflegende Angehörige
771 und Pflegekräfte stehen unter großem Druck. Zur bisher geleisteten Arbeit kommen
772 Hygienemaßnahmen und ein größerer Betreuungsbedarf. Kontaktbeschränkungen und
773 Angst vor Infektionen sind auch eine psychische Belastung. Schutzausrüstung und
774 Tests sind in Pflegeeinrichtungen essenziell. Die Einrichtung eines zentralen
775 Reservelagers für Schutzausrüstung sowie erweiterte Testmöglichkeiten für das
776 Pflegepersonal in Sachsen waren ein wichtiger Schritt. Ebenso sollten
777 Rahmenvorgaben für Kontaktmöglichkeiten verbindlich gemacht werden, um
778 Pflegeeinrichtungen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und
779 gleichzeitig Bewohnerinnen, Bewohner und Angehörige bestmöglich entgegen zu
780 kommen und ihre Rechte zu sichern. Klar ist auch: Pflegekräfte verdienen nach
781 wie vor zu wenig und arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Die sächsische
782 Corona-Pflegeprämie ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Doch unser Ziel

783 bleibt ein flächendeckender Tarifvertrag Pflege. Um die steigenden Eigenanteile
784 in der Pflege zu begrenzen, setzen wir uns für eine Pflegevollversicherung ein.
785 Wir wollen mit einem Förderprogramm neue Pflegeplätze schaffen und
786 Pflegebedürftige entlasten.

787 Steigende Kosten im Gesundheitsbereich sollten solidarisch von allen getragen
788 werden und Leistungen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das stärkt den
789 Zusammenhalt und entlastet die Beitragszahlenden insgesamt. Unser Ziel bleibt
790 daher eine Bürgerversicherung, die alle einbezieht. Die Einführung der
791 pauschalen Beihilfe in Sachsen ist ein wichtiger Schritt. Sächsische Beamtinnen
792 und Beamte können sich dann erstmals zu fairen Bedingungen ohne Nachteile
793 gesetzlich versichern und bleiben so der Solidargemeinschaft erhalten.

794 Eine weitere Erkenntnis ist, dass die kritische Infrastruktur zum Teil zu
795 abhängig ist von einzelnen Lieferketten. So hat es mit dem Ausfall von
796 Lieferungen zum Beispiel aus China Engpässe in der Versorgung mit
797 Schutzkleidung, Masken und Medikamenten gegeben. Auch in der Industrie hat sich
798 gezeigt, dass die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten von Vorprodukten die
799 gesamte Produktion empfindlich einschränken kann. Deshalb muss die kritische
800 Infrastruktur staatlich gesichert werden und darf nicht der Willkür des Marktes
801 überlassen werden. Es müssen Produktionskapazitäten aufgebaut werden, die eine
802 Mindestversorgung aufrechterhalten, auch wenn Lieferketten unterbrochen werden.
803 Diese Sicherung der kritischen Infrastruktur muss auf europäischer Ebene
804 organisiert werden. Die Unternehmen in Sachsen müssen ihre Lieferketten kritisch
805 überprüfen und gegebenenfalls diversifizieren.